

Marxistisches Forum

in der Partei DIE LINKE.

Kontakt: Marxistisches Forum, Uwe Hirsch, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Mail: marxistisches-forum@t-online.de, Tel.: 0176-62015902

Berlin, März 2014

Positions- und Diskussionspapier

Selbstbestimmung der Menschen in der Ukraine! NATO-Expansion beenden!

Seit dem Ende der Sowjetunion versuchen die EU, die NATO und die USA, Russland systematisch zu schwächen und die Region um Russland zu destabilisieren. Ziel ist es, den geostrategischen Einfluss der westlichen Mächte auszubauen, um sich den Zugriff auf Rohstoffvorkommen, Ackerland, Absatzmärkte sowie militärische Vorteile zu verschaffen.

Auch die deutsche Außenpolitik gegenüber Russland wurde in den letzten zwanzig Jahren vor allem durch geostrategische und ökonomische Interessen bestimmt. Primäres Ziel der unterschiedlichen Bundesregierungen war es, den russischen Einfluss zurückzudrängen, um die ökonomischen Rahmenbedingungen der international agierenden deutschen Konzerne zu verbessern. Dafür wurde eine Destabilisierung der Region und ihrer Regierungen wissentlich in Kauf genommen.

Mit der Finanzierung von sogenannten Oppositionellen und westlich orientierten NGOs, unter anderem durch Gelder, die das Auswärtige Amt den politischen Stiftungen zur Verfügung gestellt hat, und mit der bewussten Destabilisierung von kritischen Kräften bis hin zum Krieg gegen Jugoslawien, wird seit mehr als zwanzig Jahren die Einflussosphäre der EU und der NATO immer weiter auf die Länder des Balkans und die östlichen europäischen und zentralasiatischen Staaten ausgedehnt.

Diese Politik hat die EU aggressiv und maßgeblich vorangetrieben. Seit 2003/04 wurde unter dem Titel „Europäische Nachbarschaftspolitik“ der Einfluss der EU in den Ländern Osteuropas systematisch ausgebaut. Mithilfe einer Förderung der Annäherung ausgesuchter Teile der Herrschenden Klasse wurde eine Anbindung dieser Staaten an die EU betrieben.

Die Entscheidung des EU-Rates vom 21.03.2014, den politischen Teil des Assoziierungsabkommens EU-Ukraine schnellstmöglich zu ratifizieren, hat zum Ziel, diesen Kurs zu intensivieren.

Das russische Parlament hat mit seinem Votum, der Volksabstimmung und dem Beschluss des Parlamentes der Autonomen Region Krim zu folgen und die Krim in die Russische Föderation aufzunehmen, auf diese aggressive Außenpolitik von USA, NATO und EU reagiert. Dies stellt einen Völkerrechtsbruch dar, denn einseitige Sezessionen von Regionen sind völkerrechtswidrig und deren Aufnahme in dritte Staaten kann nicht legitimiert werden.

EU und NATO unglaublich

Die Reaktionen der EU und der USA sind jedoch völlig unglaublich. Die USA brechen seit mehr als 50 Jahren permanent internationales Recht: Mit Unterstützung reaktionärer und faschistischer Mörderbanden und aktiver Hilfe der CIA werden seit Jahrzehnten demokratisch gewählte Regierungen überall auf der Welt weggeputscht, Mordanschläge gegen demokratische PolitikerInnen aktiv unterstützt und korrupte Regierungen mithilfe von Geld und Waffen an der Macht gehalten.

- Wir erinnern an die Ermordung von Salvador Allende und die Ermordung vieler Tausender KommunistInnen, SozialistInnen und DemokratInnen, durch die von den USA unterstützte Militärjunta in Chile.
- Wir erinnern an die mehr als 40 Jahre andauernde völkerrechtswidrige Blockade gegen Kuba.
- Wir erinnern an den Krieg der „Contras“ gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua, der 1990 zum gewaltsamen Sturz der Regierung führte.
- Wir erinnern an den demokratisch gewählten Präsidenten [Patrice Lumumba](#) aus dem Kongo, der durch einen von den USA organisierten Putsch abgesetzt und ermordet wurde.
- Wir erinnern an den völkerrechtswidrigen Überfall auf Jugoslawien vor 15 Jahren.
- Wir erinnern an den Überfall auf den Irak mit mehr als 500 000 Toten.
- Wir erinnern an den Überfall der NATO auf Libyen mit vielen Hunderttausend Toten und an die Ermordung von Muammar al-Gaddafi.
- Wir erinnern an die völkerrechtswidrige Anerkennung des Kosovo durch viele Staaten der EU und durch die USA.

- Wir erinnern an die massenhafte Ermordung von Zivilisten durch völkerrechtswidrige Drohnenangriffe in Afghanistan, Jemen, Pakistan und Somalia.
- Wir erinnern an die völkerrechtswidrige Lieferung von Waffen an oppositionelle Gruppen in Syrien durch die USA und europäische Staaten.

Seit vielen Jahrzehnten verletzen die USA, die NATO und die EU-Staaten systematisch das Völkerrecht. Ihre jetzige Reaktion ist deshalb absolut verlogen.

Konflikt in der Ukraine Ergebnis geostrategischer Interessen von USA, EU und NATO

Der Konflikt in der Ukraine zeigt überdeutlich, wohin die unverantwortliche Politik der westlichen Mächte, die einzig der Durchsetzung ihrer geostrategischen Interessen dient, führt. Mit Gewalt, Krieg, Zerstörung und systematischer Ermordung und Verfolgung politisch Andersdenkender in vielen Regionen der Welt wird der zerstörerische Einfluss der kapitalistischen Herrschaftseliten gesichert und durchgesetzt.

Durch ihre Politik der bewussten Schwächung Russlands mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln sind die EU, die NATO und die USA maßgeblich für die aktuelle Situation in der Ukraine verantwortlich.

Westliche Mächte schrecken vor Pakt mit Faschisten nicht zurück

Die Politik der westlichen Mächte in der Ukraine zeigt, dass sie noch nicht einmal vor der direkten Unterstützung faschistischer Banden, die unter dem Mantel der „Europafreundlichkeit“ Menschen jüdischen Glaubens jagen, Gewerkschaftshäuser in Brand setzen, Kommunistinnen und Kommunisten durch die Straßen jagen, ihre Parteibüros zerstören und anzünden und Menschen, nur weil sie russisch sprechen oder „russlandfreundlich“ sind, jagen und zusammenschlagen, zurückschrecken.

Diese unverantwortliche, absolut unmoralische und zerstörerische Politik muss sofort beendet werden. Wir fordern die Regierungen der EU und der USA auf, ihre völkerrechtswidrige Einflussnahme in der Ukraine und andernorts sofort zu beenden! Wir fordern die Regierungen der EU und der USA zur sofortigen Rücknahme aller Sanktionen gegen Russland auf. Die Eskalationsstrategie der westlichen Mächte muss sofort gestoppt werden.

Nur Verhandlungen und eine friedliche Konfliktlösung unter Anerkennung der legitimen strategischen Interessen Russlands können die Situation in der Ukraine deeskalieren, entmilitarisieren und zu einer friedlichen Lösung führen.

Das Marxistische Forum schlägt folgende konkrete Schritte vor:

1. Wiederherstellung einer legitimen und demokratischen Regierung in der Ukraine. Sofortige Entwaffnung der selbsternannten „Ordnungskräfte“ und Verbot aller faschistischen und rassistischen Parteien in der Ukraine, inklusive des sogenannten „Rechten Sektors“. Solange unter Duldung der EU und der USA faschistische Banden offen auf der Straße ihr Unwesen treiben, sind die Regierungen der EU-Staaten und der USA direkt mitverantwortlich für deren Politik.
2. Faschistische Banden und Straftäter, die gewaltsam gegen Andersdenkende vorgehen, müssen sich vor einem rechtsstaatlichen Gericht für ihre Gewalttaten verantworten! Ein internationales Gericht muss die Mitschuld der westlichen Mächte untersuchen und die verantwortlichen Regierungen zur Rechenschaft ziehen.
3. Sofortige Beendigung der Einflussnahme von EU und NATO auf die Innenpolitik der Ukraine. Die geostrategischen Machtinteressen der westlichen Mächte in der Ukraine dürfen nicht weiter auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung durchgesetzt werden! Die mit massiver Unterstützung der USA und der EU gewaltsam aus dem Amt gejagte ukrainische Regierung ist 2012 in demokratischen Wahlen vom Volk gewählt worden.
4. Schaffung einer internationalen Beobachtergruppe zur Vorbereitung von freien Wahlen in allen Teilen der Ukraine, in denen die Bevölkerung ihre neue Regierung bestimmen kann. Angesichts der gegenwärtigen Lage im Land sind freie und demokratische Wahlen aber unmöglich. Darum muss zunächst der vor dem Putsch ausgehandelte Konsens zwischen den Konfliktparteien wieder hergestellt werden!
5. Sofortige Beendigung der unverantwortlichen deutschen Außenpolitik gegenüber Russland. Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit für die Region unter gleichberechtigter Teilnahme Russlands.
6. Keine einseitigen Sezessionen von Teilen der Ukraine. Ziel muss die Aufnahme von Verhandlungen zur Klärung des legitimen Willens der ukrainischen Bevölkerung sein. Schaffung einer internationalen Verhandlungsgruppe unter Beteiligung Russlands zur Schaffung eines Konsenses der Menschen in den verschiedenen Regionen der Ukraine. Dieser Konsens muss durch regionale Volksabstimmungen legitimiert werden.
7. Die Menschen in der östlichen Ukraine haben ein Recht auf kulturelle und politische Selbstbestimmung. Dieses Recht kann nicht mit militärischen Mitteln durchgesetzt oder verhindert werden. Deshalb: Keine militärischen Operationen durch Russland in der Ukraine. Keine militärische Einflussnahme der NATO und der USA in der Ukraine. Sofortiger Rückzug der illegal arbeitenden Militärberater aus den USA.
8. Rücknahme der Entscheidung des russischen Föderationsrats zur Ermächtigung Russlands, in der Ukraine militärisch eingreifen zu dürfen. Krieg kann die Situation in der Ukraine in keinem Fall deeskalieren!

9. Sofortiger Stopp der Mobilmachung durch die selbsternannte „Regierung“ in Kiew und Aufnahme von Verhandlungen mit der demokratisch gewählten Regierung zur friedlichen Wiederherstellung des Konsenses vor dem Putsch.
10. Aushandlung eines Fahrplans zur Vorbereitung einer freien und geheimen Abstimmung der Menschen über die zukünftige Ausrichtung der Ukraine! Nur die ukrainische Bevölkerung hat das Recht, über die politische Ausrichtung ihres Landes zu entscheiden.

Für den Sprecher*innenkreis des Marxistischen Forums

Gez. Uwe Hirsch